

REZENSIONEN

Naoto Kan: Als Premierminister während der Fukushima-Krise. Aus dem Japanischen von Frank Rövekamp

München: Iudicium, 2015. 165 S., 14,80 EUR
Das große ostjapanische Erdbeben der Stärke 9,0 auf der Richterskala am 11. März 2011 und der dadurch ausgelöste Tsunami verwüsteten nicht nur ganze Landstriche an der Küste Ostjapans (Region Tōhoku) und forderten etliche Opfer, sie führten auch zum zweitgrößten Atomunfall nach Tschernobyl in der Geschichte der Menschheit. Durch Erdbeben und Tsunami fielen am Atomkraftwerk Fukushima Daiichi in der japanischen Präfektur Fukushima, die bis dato vor allem für ihre exzellenten Pfirsiche bekannt war, die Kühlssysteme aus. In der Folge entwickelte sich eine Atomkatastrophe, deren tatsächliche Auswirkungen bis heute nicht abzuschätzen sind. Das unzureichende und chaotische Krisenmanagement dieser menschengemachten Katastrophe der zuständigen japanischen Behörden ist in der Folge vielfach stark kritisiert worden.

In diesem Zusammenhang steht dieses Buch des damaligen japanischen Premierministers Naoto Kan (8. Juni 2010 bis 2. September 2011). Im Vorwort zur japanischen Originalausgabe, die etwa ein Jahr nach Kans Rücktritt im Jahr 2012 erschien, erklärt Kan, dass er zu der Überzeugung gelangt sei, dass er „als der Premierminister, der mit diesem Unglück konfrontiert worden war, dazu in irgendeiner Form [seine] Erinnerungen dokumentieren [müsste]“. Dabei strebe er an, „die Fakten so genau wie möglich darzulegen“ und zu schildern, „was [er] als Premierminister während des Atomunglücks gedacht habe, wie [er] zu Entscheidungen gelangt [sei] und von welchen Gefühlen [seine] Handlungen begleitet wurden“.

Weiter kündigt er an, dass er „unter völliger Aufgabe [seiner] selbst gehandelt [habe]“, die „Bewertung der Taten eines Politikers [jedoch] [...] letztendlich der Geschichte überlassen werden [müsse]“ (5).

Das Büchlein beginnt mit einem etwa zwanzigseitigen Prolog, in dem Kan die zentralen Problemstellungen und seine Befürchtungen im Verlauf der Katastrophe zusammenfasst. Er beschreibt hier eindrücklich den Schock, den das Unglück und dessen Verlauf hervorrief, sowie seine Angst vor einem Worst-Case-Szenario, das eine Evakuierung in einem Radius von 250 km vom Unglücksreaktor Fukushima Daiichi beinhaltet hätte – einschließlich der Metropolregion Tokio. Es wird deutlich, dass er sich schon in den ersten Stunden und Tagen einem nur äußerst unzureichenden Informationsfluss von den zuständigen Stellen und Spezialisten gegenüber sah und dennoch gegen den „unsichtbaren Feind“ der Radioaktivität kämpfen musste. Ein „Feind, den Japan aus seinem Inneren hervorgebracht hatte“ und den es seiner Ansicht nach deswegen auch „aus eigener Kraft unter Kontrolle bringen“ müsse, wofür „notfalls auch Opfer in Kauf genommen werden“ (26) mussten. Mit diesem Mindset steuerte Kan ab dem 16. März 2011 den unter der Leitung der Selbstverteidigungsstreitkräfte unternommenen „Gegenangriff“, dessen positiven Ausgang er jedoch mehr „göttlichem Beistand“ als wirklichem Können zurechnet. Neben der Schilderung der Ereignisse stellt Kan in diesem Kapitel auch die Entwicklung seiner Haltung zur Atomkraft dar. So sei auch er über Jahre hinweg der Propaganda des Atomdorfs zur Sicherheit von Kernkraft aufgesessen. Seit der Katastrophe jedoch sei er sich bewusst geworden, dass Kernkraft und Menschen nicht koexistieren könnten. So sehe er es als seine Pflicht „den Ausstieg

aus der Atomenergie um jeden Preis in die Wirklichkeit um[zu]setzen“ (35).

Im ersten Kapitel mit dem bezeichnenden Titel „Erinnerungen: Die Tage am Abgrund“, dem Herzstück des Buches, schildert Kan minutös seine Erinnerungen an die Abläufe und Ereignisse zwischen dem 11. und 19. März 2011. Durchsetzt mit Passagen, in denen Kan sich für viele seiner Entscheidungen rechtfertigt und auf spätere Vorwürfe rückwirkend Bezug nimmt, bietet dieses Kapitel jedoch einen tiefen Einblick sowohl in die rechtlichen, behördlichen und ablauftechnischen Hintergründe als in auch die menschlichen Dramen hinter den Kulissen im Verlauf der Katastrophe. Als LeserIn gewinnt man hier gleichsam den Eindruck, als folge man dem Premierminister von Ort zu Ort, von Gespräch zu Gespräch und von Entscheidung zu Entscheidung durch seine weitgehend schlaflosen Tage und Nächte unmittelbar nach der Katastrophe.

Im zweiten Kapitel stellt Kan dar, wie er sich nach der Stabilisierung der Lage am Werk einer Wende in der japanischen Energiepolitik hin zum Verzicht auf Atomkraft verschrieb und diese „einleitete“ (110). Mit seinen neuen Ideen zur Gestaltung der Energielandschaft stößt Kan jedoch auf starken Gegenwind seitens der Akteure des Atomdorfs (Industrie, Bürokratie, Politiker und Medien), und es gelang ihm nur durch die Avisierung seines Amtsrücktritts, ein Sondergesetz über erneuerbare Energien zu verabschieden.

Im anschließenden Kapitel drei stellt der Autor den weiteren Kampf nach seinem Rücktritt für einen Atomausstieg im Zusammenspiel mit Bürgerbewegungen dar, denen er eine zentrale Rolle für die Zukunft Japans zugesteht.

Das Buch schließt mit einem Nachwort zur deutschen Ausgabe, in dem Kan die politischen Entwicklungen der vier Jahre seit dem Erscheinen der Originalausgabe im Hinblick auf die Energiepolitik darstellt: Seit dem Amtsantritt des LDP-Politikers Abe Shinzō 2012 als Premierminister stehe Atomkraft

wieder als Basisenergie im Weißpapier der japanischen Energiepolitik. Den Grund dafür sieht Kan im andauernden Einfluss des Atomdorfs und den geschickten politischen Manövern der LDP unter Abe.

Das Zeugnis, das Naoto Kan hier als „Premierminister während der Fukushima-Krise“ in der Übersetzung durch Frank Rövekamp (Professor der Japanologie an der Hochschule Ludwigshafen am Rhein) ablegt, ist trotz der häufigen Rechtfertigungen und einiger Redundanzen in der Argumentation ein äußerst lesenswertes Dokument. Es schildert eindrucksvoll das Versagen eines ganzen professionellen Verwaltungsapparates im Angesicht einer bis dato nicht vorstellbaren oder vielmehr nicht vorgestellten Katastrophe durch die Augen eines der im Krisenmanagement hauptverantwortlichen Akteure, der sich hier in vielen Punkten der Kritik an seiner Person stellt.

Anna Wiemann

Momoyo Hüstebeck: Dezentralisierung in Japan. Politische Autonomie und Partizipation auf Gemeindeebene

Wiesbaden: Springer, 2014. 227 S., 39,99 EUR

Dezentralisierung als Gegengewicht zum straff zentralisierten Einheitsstaat gewinnt in Japan zunehmende Aufmerksamkeit. Befürworter des Föderalismus sehen darin eine Möglichkeit, die mangelnde horizontale Gewaltenteilung durch die vertikale zu entschärfen. Im öffentlichen Diskurs in Japan wird die Dezentralisierung seit den 1990er Jahren als Allheilmittel angesehen, Staat und Gesellschaft grundlegend zu erneuern. Zentralistisch bedingte staatliche Steuerungsdefizite stießen auf zunehmende Unzufriedenheit. Die Idee, Macht und Machtmissbrauch des Zentralstaates durch stärkere Regionen in Schranken zu halten, den BürgerInnen auf unterschiedlichen geografischen Maßstabsebenen mehr Möglichkeiten zur Mitgestaltung zu geben und damit zugleich den Staat zu entlasten,

mündete in eine Fülle von Gesetzen zur kommunal-regionalen Selbstverwaltung. Sie traten als „Gesetzespaket zu Förderung der Dezentralisierung“ (*chihō bunken suishin ikkatsuhō*) seit 2000 in Kraft.

Die Wirkung dieses Gesetzespakets, der Hauptsäule der Strukturreformen des japanischen Staatsgefüges, ist zentrales Thema der politikwissenschaftlichen Dissertation von Momoyo Hüstebeck. Ihre tiefgründige Studie über ein vermeintlich staubtrockenes Thema überzeugt durch demokratietheoretische Einbettung, empirische Sorgfalt und theoretische Rückkoppelung. Mit dem Konzept einer „politischen Dezentralisierung“ verknüpft die Autorin administrative und fiskalische Autonomie mit lokaler Partizipation. Die *top-down*-Perspektive der Gesetzesgebung kontrastiert sie mit der Umsetzung der Dezentralisierung auf die lokale Ebene, um damit neue Perspektiven auf das Autonomiepotenzial und mögliche politische *bottom-up*-Prozesse aufzuzeigen. Durch die Verwendung vorwiegend japanischsprachiger Quellen verschafft sie den des Japanischen unkundigen LeserInnen einen vertieften Zugang zum japanischen Dezentralisierungsdiskurs.

Hüstebeck versteht das japanische Gesetzespaket als Devolution (die stärkste Stufe der Dezentralisierung in der Steigerung *deconcentration - delegation - devolution*); denn die nationale Regierung übertrug entscheidende Kompetenzen an die verfassungsrechtlich autonomen Gebietskörperschaften (Präfekturen und Gemeinden). Dabei stellt sich die Gretchenfrage nach der Erfüllung dieser für Japan revolutionär anmutenden Gesetzesvorgaben. DezentralisierungsbefürworterInnen verbinden damit große Erwartungen auch für die politische Kultur des Landes: mehr Transparenz, Effizienz und Demokratisierung durch Ausweitung lokaler Bürgermitbestimmung. Als Fallbeispiele dienten die Städte Mitaka und Fujimi, zwei Kommunen im Pendlereinzugsbereich Tōkyōs mit unterschiedlichen finanziellen und partizipativen Ressourcen. Am Beispiel

der Stadtplanung und Stadtgestaltung sowie der Sozial- und Pflegepolitik wurde untersucht, wie diese Städte vor dem Hintergrund der Devolution eigene Politiken entwickelten, woraus sich Rückschlüsse auf den politischen Autonomiegrad der jeweiligen Kommune und die Partizipationschancen ihrer BürgerInnen ergaben.

Nach einer theoretischen Einordnung pluralistischer Demokratiekonzepte und der Darstellung struktureller und historischer Dezentralisierungsbedingungen in Japan fokussiert die Autorin auf 1. die administrative und 2. die fiskalische Dezentralisierung als strukturelle Voraussetzungen für 3. politische Dezentralisierung. Zunächst wurde geprüft, inwiefern die Verwaltungsreform zur Effizienzsteigerung der gebietskörperschaftlichen Selbstverwaltungen beitrug, unter Einschluss der Probleme der 1999 bis 2006 durchgeführten Gemeinde-Großfusion (*Heisei daigappi*: Verringerung der Zahl der Gemeinden von 3.232 auf etwa die Hälfte; dadurch ergeben sich zwar Anreize für effizientere kommunale Selbstverwaltungen, aber auch Aufgabenzuwächse, die vor allem für ländliche Gemeinden mit geringen Eigeneinnahmen schwer zu stemmen sind). Vor diesem Hintergrund wurde die (entscheidende) fiskalische Dezentralisierung hinterfragt: Voraussetzung dafür, dass nur eine mit ausreichenden Eigenmitteln und Finanzkompetenzen ausgestattete selbstverwaltete Körperschaft über eine dezentrale Entscheidungs- und Gestaltungsfreiheit verfügt. Deshalb führte die nationale Regierung 2001–2006 ergänzend zum Gesetzespaket der Dezentralisierung die „Trinity-Reform“ ein: Kürzung zweckgebundener *top-down*-Zuweisungen der nationalen Regierung an die Gebietskörperschaften, dafür Umverteilung der Steuereinnahmen zugunsten der Gebietskörperschaften, damit verbunden der Wandel von einem bisher vertikal zu einem horizontal organisierten Finanzausgleich. Schließlich setzt politische Mitbestimmung als Ziel einer politischen Dezentralisierung einen hohen Informations- und Partizipationsgrad zivil-

gesellschaftlicher Akteure voraus, den es zu bewerten gilt.

Wesentliche Ergebnisse dieser Studie: Japan kann sowohl als Modell einer Dezentralisierung dienen (normativ im Sinne des Gesetzespaketes) als auch als Negativbeispiel vor zu hohen Erwartungen warnen (bezüglich der Gesetzesimplementierung). Kernproblem (so erscheint es dem Rezensenten) ist die Umsetzung einer Dezentralisierungspolitik, die zwar administrativ die Grundlagen für dezentrale kommunale Strukturen schafft und hohe Ansprüche stellt, fiskalisch aber langjährige Versprechen offen lässt. Zur Implementierung einer politischen Dezentralisierung trugen die Reformen nur mittelbar bei; denn nicht nur die *top-down*- Gesetzespakte der Nationalregierung, sondern auch lokale politische und gesellschaftliche Entwicklungen führten (schon in der Zeit zuvor) in Ansätzen zu einer politischen Dezentralisierung. Dies wird besonders deutlich am Beispiel der japanischen Stadtplanung (*toshi keikaku*). Ihre traditionelle Steuerung von oben erfuhr im Zuge der Demokratisierung mit *machizukuri*, der Stadtgestaltung (präziser: Stadtquartiers-Gestaltung, W.F.) einen gegenläufigen *bottom-up*-Prozess. (Letzterer betrifft allerdings nicht die Gestaltung der Stadt als Gesamtheit, sondern konkret die Mikroebene der Nachbarschaft, dies in Ansätzen bereits seit den 1960er Jahren; dazu Silke Vogt: *Neue Wege der Stadtplanung in Japan. Partizipationsansätze auf der Mikroebene, dargestellt anhand ausgewählter machizukuri-Projekte in Tōkyō*, München 2001).

Die Fallbeispiele bestätigen, dass sich trotz der tiefgreifenden gesetzlichen Veränderungen die nationalen Dezentralisierungsreformen nur beschränkt auf die Gemeindeebene auswirkten. Die BefürworterInnen partizipativer Demokratietheorien überschätzen die politischen Kompetenzen und Ressourcen der BürgerInnen (hier: Tokio-Pendler mit knappen Zeitbudgets und geringer Wohnort-Identifikation). Dies gilt selbst für die Stadt Mitaka, die sich als Vorreiterin in der

Bürgerteilhabe sieht und über vergleichsweise gute Eigeneinnahmen verfügt. Konkret bleibt festzuhalten: 1. Die Gebietskörperschaften schöpfen den rechtlich dazugewonnenen Spielraum der Verwaltungsreform für eine eigenständige Aufgabenwahrnehmung nicht genügend aus. Sie zeigen nicht die nötige Willenskraft, Eigenverantwortung und Souveränität, die ihnen zustehenden Aufgaben autonom zu gestalten und die BürgerInnen an Entscheidungen zu beteiligen. Selbst administrative zentralstaatliche Empfehlungen unverbindlicher Art setzen sie um, um sich Transfermittel aus dem Staatshaushalt zu sichern – und stärken damit die traditionelle Politik des „Goldenzen Zügels“. 2. Gleichwohl gibt es ein Mehr an Partizipationschancen. Trotz des unbedeutenden politischen Autonomiezuwachses lässt sich ein zunehmendes Selbstbewusstsein der BürgerInnen vor Ort feststellen. Politische Partizipation ist allerdings nicht in Jahren, sondern erst in Dekaden zu erwarten. 3. Eine der Verwaltungsreform entsprechende Finanzreform steht noch aus, rüttelt an der Macht der Ministerialbürokratie, die den Gebietskörperschaften die dazu nötigen Kompetenzen nicht zutraut bzw. schlicht verweigert. 4. Zur dezentralen Gestaltung der ihnen übertragenen (und damit zunehmenden!) Aufgaben verfügen die Gebietskörperschaften nicht über die nötigen Eigeneinnahmen, was sich im Ergebnis kontraproduktiv auf die Umsetzung der Devolution auswirkt. KritikerInnen sprechen von einer Verlagerung der Ausgaben von der nationalen auf die gebietskörperschaftliche Ebene.

Was bleibt als Fazit für das politische System Japan? fragt sich der Rezensent. Sicherlich bieten die Verwaltungsreformen seit 2000 ein beträchtliches Potenzial an Stärkung der lokalen Ebene. Sind damit die Grundlagen für einen grundlegenden Paradigmenwechsel hin zu einer bürgernahen, eigenständigen Kommunalpolitik gelegt? (Dazu Gesine Foljanty-Jost: *Dezentralisierung als Herausforderung lokaler Demokratie?*, in: Blechinger et al [Hg.]: Politik in

Japan, Frankfurt 2006, 63–81) Dafür spricht der Perspektivwandel im politischen Sprachgebrauch: Ablösung des traditionellen Begriffs *chihō bunkan* („regionale Dezentralisierung“) zugunsten des neuen Schlagworts *chiiki shukun* („regionale Souveränität“). Gleichwohl, in der Japanforschung gehen die Auffassungen darüber weit auseinander. Misst man die gesetzlichen Reformvorgaben (insbesondere die fiskalische Dezentralisierung) am Grad ihres Gelingens für politische Autonomie und Partizipation, so lässt sich eine solch euphorisch anmutende Zuschreibung – und damit ein Paradigmenwechsel – aus Sicht des Rezensenten (vorerst) nicht bestätigen.

Winfried Flüchter

Liza Wing Man Kam: Reconfiguration of “the Stars and the Queen” – a Quest for the Interrelationship between Architecture and Civic Awareness in Post-colonial Hong Kong

Baden-Baden: Nomos, 2015. 190 S., 36,11 USD

This book represents a dissertation from the Bauhaus University Weimar. Unexpectedly, it has less to do with architectural theories or urban planning per se. It appears to be a roar of disappointment and hopelessness of Hong Kong after its handover to China in 1997. The sentimental criticism is quite clear in the conclusion: “[...] the process of demolishing the two piers based on lies, bureaucracy and excuses is a sole demonstration of a colonial attitude. This is NOT decolonization; this is neo-colonization (p. 186).” The author might have thought of the research questions in the course of a chain of social movements in Hong Kong since 2006 and her motivation has culminated during the Yellow Umbrella Movement (p. 7), when her emotional disgruntlement and academic curiosity had both propelled the search for answers. The narratives in the book can sometimes be emotional, passionate, and empathic, but the

author, as a native Hong Kong citizen, has tried her best to limit her personal emotions under an acceptable amount, as she put it, “the main objective [...] is more an internal calming down process (p. 22).

The research aims at connecting the grand theories on history education, spatial theory, civic awareness and public participation (p. 39) by testing their applicability in the case of demolition of the Stars and the Queen Piers in Hong Kong. Based on interviews, observations, documentaries and media coverages, the author tracks the changing attitudes and protesting behaviors of Hong Kong citizens against governments’ initiatives of removing colonial architectures. There are six questions guiding the study: (1) What are the narratives which were continually woven into the investigated colonial space and architecture? (2) What are the different forms of colonial legacy which have resulted in the transitions of the investigated colonial space and architecture? (3) Are these narratives, perceived by different members of society, consistent, or are they contradictory to the proclaimed representations of these investigated spaces? (4) How did the revelation of these consistent or contradictory narratives affect the public’s recognition of self as an individual and as part of a group in the post-colonial society? (5) How could the piers be interpreted with the newly endowed spatial codes during their demolition incident and how do these new spatial codes respond to or deviate from their originally appropriated spatial codes during the colonial era? (6) How did the Hong Kong public’s remorseful loss of the investigated piers shed light on the awakening from the aloofness they had become accustomed to from the colonial era? At the same time, how is this process of awakening being hindered by the inherent and perpetual colonial legacy (p. 34–35)?

The analysis relies on three conceptual pillars: *lieux de mémoire*, public participation theories and the production of space. The *lieux de mémoire*, considered as memo-

ries with emotional attachments are shared among Hong Kong people and their stories and narratives were built into the architectural spaces, where symbolic events took place during British colonization. But the colonization history education intentionally trained the citizens to become economic animals, who tended to be cold and aloof toward political and public issues. Although social movements in the 1970s are widely labeled as the watershed of the development of local civic awareness, it was not until the Tamar development project in early 2000s, when civic engagements and protesting activities have considerably risen. The Tamar project has served as a ladder of public participation for the Hong Kong populace. Since 2007, protests and silent sittings against the demolition of the Stars and the Queen piers have grown significantly and they were escalating in concert with other political events that had also disappointed the populace (e.g. scandals of the candidates during governor election). In the Stars and Queen protests, citizens created innovative actions to gain larger resonance from the society and successfully forced the government to take action. One of the interview findings is interesting. The younger generation, which has relatively fewer memories, i.e. emotional attachment to the Piers, expressed stronger determination and participated more actively in the protest, whereas the elderly with more memories of the piers, showed calm and cold attitude. Nevertheless, with all the efforts against the demolition, the decision of demolition couldn't be changed.

The removal of the two piers is regarded as the symbolistic attempt of decolonization after Hong Kong's handover. But it can't remove the built-in narratives and memories of the space. As the author concludes: colonial legacy is the ultimate hindrance to decolonization. To remove the piers which bears the hidden memory of anti-colonial suppression, the act to demolish them is even an act of neo-colonialism.

This book might not fit the expectations for classical social science research, but the interesting narratives and arguments presented by the author can probably be representative for Hong Kong's current democratic movements (e.g. Occupy Central in 2014 and the Fish Ball Revolution during spring festival 2016 in Mong Kok).

Finally, typos and inconsistency of text layout are a bit frequent. Three obvious examples are listed here: (1) the numbering of the research questions has been mistakenly ordered and resulted in inconsistency of presentations on page 35 and 178. (2) on page 73 "Diaoyutai" is mistyped as "Diayutai". (3) The final sentence of the book seems to be incomplete.

Weijing Le

Rou-jin Chen 陳柔縉: From Taiwan to the World and Back. A Memoir of Ambassador Fu-chen Lo 築町少年走天下: 羅福全回憶錄

Taibei: Avanguard 2015. 479 S., 600 NTD

Wer sich über die Geschichte Taiwans informieren will, ohne des Chinesischen mächtig zu sein, dem steht mittlerweile eine ganze Reihe an leicht zugänglichen, gut lesbaren und anregenden Werken zur Verfügung. Dem einzigen deutschsprachigen Werk auf diesem Gebiet, nämlich Oskar Weggels „Die Geschichte Taiwans“ (1991/2007), stehen gleich mehrere englischsprachige Bücher gegenüber, und zwar nicht nur Gesamtdarstellungen (etwa Jonathan Manthorpes „Forbidden Nation: A History of Taiwan“ (2005/2009), das von Murray A. Rubinstein herausgegebene „Taiwan: A New History“ (1999/2007) oder Hung Chien-chaos „A New History of Taiwan“ von 2011), sondern auch solche, die sich bestimmten Perioden widmen, etwa David Blundells (Hg.) „Taiwan Since Martial Law: Society, Culture, Politics, Economy“ (2012) oder John Robert Shepherds (Hg.) „Statecraft and Political

Economy on the Taiwan Frontier 1600-1800“ (1993). Auch John F. Coppers sehr hilfreiches „Historical Dictionary of Taiwan“ (Republic of Taiwan), das 2015 in der vierten Auflage erschien, sei in diesem Zusammenhang noch einmal erwähnt (vgl. ASIEN 137).

Wer sich speziell für die neuere Geschichte Taiwans (etwa ab 1895, dem Beginn der japanischen Herrschaft) interessiert, der kann auch auf entsprechende Biografien bzw. Autobiografien zurückgreifen, deren größter Vorteil darin liegt, dass sie oft Details des Alltagslebens o. ä. schildern, für die in den Standard-Geschichtswerken meist kein Platz ist. Genauso verhält es sich in dem hier zu besprechenden Buch, der von der Autorin und Kolumnistin Chen Rou-jin 陳柔縉 aufgezeichneten Autobiografie von Lo Fu-chen 羅福全, dem ehemaligen Repräsentanten der Republik China in Japan. Seine wechselvolle Lebensgeschichte präsentiert der 1935 in Chiayi Geborene in recht lockerer Anekdotenform, so dass kaum eines der 66 Kapitel länger als acht Seiten ist. Die zahlreichen Fotos lockern den Band, dessen Originalfassung 2013 erschien, zusätzlich auf.

Schon in Los frühester Kindheit werden die Weichen seines Lebens umgestellt, als er noch vor seinem ersten Geburtstag von seinem Onkel adoptiert wird, der selber kinderlos ist und daher getreu den damals üblichen Bräuchen den jüngsten Sohn seines Bruders zu sich nimmt. Los neue Familie ist recht wohlhabend und bleibt es auch, obwohl ihr Oberhaupt bald verstirbt. 1941 geht Los Adoptivmutter, eine für die damalige Zeit außergewöhnlich tatkräftige und selbstständige Frau, mit dem Sechsjährigen und seiner achtjährigen (ebenfalls adoptierten) Schwester nach Japan, weil sie ihnen eine bessere Ausbildung zuteilwerden lassen will. Ende 1944 erlebt Lo das japanische Gegenstück zur deutschen „Kinderlandverschickung“, wird aber kurz vor Kriegsende von seiner Mutter zurück nach Tokio geholt. Bald besucht Lo nicht nur wieder die Schule,

sondern auch einen Mandarin-Kurs, der von der lokalen Taiwanischen Vereinigung angeboten wird und der ihm nach seiner Rückkehr auf die nun von der Republik China kontrollierte Insel im Frühjahr 1946 gute Dienste leisten wird – denn nun ist er der einzige in seiner Klasse, der die Chinesische Standardsprache bereits in Grundzügen beherrscht. Lo betont, dass er während seiner Zeit in Japan niemals diskriminiert wurde (S. 96).

Die Kapitel 13 und 14 schildern die Ereignisse in Chiayi rund um die inselweiten Ausschreitungen nach dem 28. Februar 1947, in deren Folge sogar der erst 12-jährige Lo von einer Polizeistreife aufgegriffen wird und eine Nacht auf der Wache verbringen muss (und zwar auf einer Tischtennisplatte) – die Familie wird aber glücklicherweise nicht direkt in Mitleidenschaft gezogen. Nach seinem Schulabschluss entscheidet Lo sich aus patriotischen Gründen – das von Kuomintang installierte Bildungssystem zeigt Wirkung – für ein Wirtschaftsstudium an der Nationaluniversität Taiwan (S. 133). Nach seinem Abschluss leistet Lo seinen zweijährigen Wehrdienst bei der Marine ab, über den er sich jedoch völlig ausschweigt; anschließend geht er zurück nach Japan, um sein Studium fortzusetzen – zuvor muss er aber noch einen obligatorischen „Benimmkurs“ absolvieren, mit dem die Regierung verhindern möchte, dass die Studenten das nationale Ansehen im Ausland beschädigen (S. 156). Bei einem Kurzbesuch in seiner Heimat 1961 empfängt ihn ein Freund völlig entsetzt – „Warum kommst du hierher?“ (S. 170) Schließlich hat der „Weiße Terror“ Taiwan um diese Zeit immer noch fest im Griff, und viele von Los Freunden sind aus nichtigen Gründen im Gefängnis verschwunden. Einige von ihnen, die mit der „Tyrannie der Kuomintang unzufrieden waren“ (S. 171), unter ihnen auch Lo, hatten im Sommer zuvor ein Treffen abgehalten – jedoch ohne zuvor eine Genehmigung einzuholen, wie es während des Kriegsrechts für Versammlungen mit mehr als drei Personen eigentlich erforderlich war. Die

Atmosphäre ist so bedrohlich, dass Lo seine Heimat schnell wieder verlässt – und erst 31 Jahre später wieder zurückkehrt.

1963 wechselt der mittlerweile verheiratete Lo zum PhD-Studium in die USA und nimmt ein Jahr später erstmals an einem Protest in Washington teil, auf dem die Unabhängigkeit Taiwans gefordert wird. Hier knüpft er Kontakte zur Vorläuferorganisation der WUFI (World United Formosans for Independence) – die allerdings selbst in den USA niemals mehr als 200 Mitglieder hatte (S. 214). Die Kuomintang sah in dieser Vereinigung absurdweise kommunistische Umtriebe am Werk und hetzte ihr deshalb ab und zu Schlägertrupps auf den Hals, denen auch Lo einmal in die Hände fiel (S. 217). 1964 landet sein Name auf der berüchtigten „Schwarzen Liste“ der unerwünschten Personen in der Republik China, und so wird er 1973 US-Bürger. Der neue Pass ermöglicht ihm eine lange Karriere bei den Vereinten Nationen, für die er bis zum Jahr 2000 in diversen Positionen und Ländern arbeitet. Unter dem neuen Präsidenten Chen Shui-bian übernimmt Lo ab 2001 für vier Jahre das Amt des Repräsentanten der Republik China in Japan; 2007 setzt er sich endgültig zur Ruhe.

Nicht nur Los Schilderungen des Alltagslebens während der japanischen Periode und interessante Details wie die (leider recht kurzen) Ausführungen in Kapitel 5 und auf S. 146 über die Vermischung von Taiwanisch und Japanisch machen die Lektüre lohnend, sondern auch viele andere Details über seine Erfahrungen in Japan und seine Bemühungen als Unabhängigkeitsaktivist.

Das gesamte Buch hindurch lässt Lo immer wieder durchblicken, dass er schon seit frühester Kindheit auf gleich mehreren Gebieten sehr begabt war und dass er stets mit bedeutenden Persönlichkeiten in Kontakt stand – und das dürfte den Leser mitunter etwas enervieren. Ein weiteres Manko ist der fehlende Index; auch hätte man sich an manchen Stellen doch etwas mehr Details gewünscht, beispielsweise bezüglich der

Aktivitäten der WUFI. Dennoch ist Los Buch insgesamt für alle empfehlenswert, die sich für die neuere Geschichte Taiwans interessieren und denen beispielsweise schon Kang-i Sun Changs „Journey Through the White Terror: A Daughter's Memoir“ (zweite Auflage 2013) zugesagt hat.

Thilo Diefenbach

Daniel Leese: Die chinesische Kulturrevolution 1966–1976

München: Beck, 2016. 127 S., 8,95 EUR

Daniel Leese hat sich zum Ziel gesetzt, durch eine umfassende Historisierung der Mystifizierung und Instrumentalisierung der Kulturrevolution entgegenzuwirken. Zunächst stellt er fest, dass unter dem Schlagwort „umfassende Verneinung“ der Kulturrevolution durch die Partei nach 1981 eine geografische und zeitliche Differenzierung der Verantwortlichkeiten unterbunden wurde. Als Folge konnte Opfer- und Täterstatus nicht überzeugend definiert werden. Zudem sei auch die Erinnerungsliteratur von der städtischen Bevölkerung dominiert, während wir über die Erfahrungen der Landbevölkerung wenig wissen. Die Partei ließ in den 1980ern die Lokalgeschichte neu schreiben, nicht um die Kulturrevolution lückenlos aufzuklären, sondern um die Loyalität der lokalen Kader zur neuen Führung zu evaluieren. Für die Partei sei die Kulturrevolution noch zu sehr Gegenwart, um eine offene Debatte zuzulassen. Die KPCh fürchte heute die Bewegung immer noch als Bezugspunkt für alternative Organisationsformen und charismatische Führer. Insgesamt schätzt Leese, anknüpfend an Andrew Walder, die Todesopfer der Kulturrevolution auf 1,5 bis 1,8 Millionen Menschen.

Leese übernimmt die offizielle Periodisierung der Kulturrevolution von zehn Jahren (1966–1976). Er differenziert aber zwischen einzelnen Phasen: Die Phase, als Massen eigene Organisationen bilden durften und die Lenkungsfunktion des Parteiapparates teil-

weise zerstört wurde, datiert er auf August 1966 bis Herbst 1968. Nach der landesweiten Etablierung der Revolutionskomitees folgte eine Phase staatlicher Repressionen und Militärdominanz von Herbst 1968 bis September 1971. Leese legt anknüpfend an Walder dar, dass die allermeisten Todesopfer in diese Phase fallen würden, nachdem die Ordnung schon wieder hergestellt worden war. Die letzte Phase der Kulturrevolution wurde laut Leese durch die Lin-Biao-Affäre eingeleitet und sei zwischen 1971 und der Verhaftung der „Viererbande“ 1976 von Machtkämpfen an der Parteispitze dominiert gewesen, während die Gesellschaft immer skeptischer wurde. Bezüglich dieser Phase debattieren ForscherInnen, ob es auf den Gebieten der Industrie, Landwirtschaft, Gesundheitsversorgung und ländlichen Bildung bedeutende Fortschritte gegeben habe oder nicht. Leese zeigt sich eher skeptisch, ohne einige positive Entwicklungen zu bestreiten.

Der Autor gehört zu einer neuen Generation von China-ForscherInnen, die die politisierten Debatten der „1968er“ und K-Gruppen nicht mehr miterlebt haben. In den USA haben PolitikwissenschaftlerInnen die Forschung zum maoistischen China lange dominiert. Nun schreiben HistorikerInnen basierend auf Archivquellen vor allem Lokal- und Provinzgeschichte neu. Da Leeses Einführung ohne Fußnoten auskommt, ist leider nicht immer sichtbar, welche Forschungsergebnisse von ihm selbst und welche von seinen Kollegen und Kolleginnen stammen. Die nüchterne Historisierung der Kulturrevolution ist generell zu begrüßen. Die Untersuchung der ideologischen Beweggründe Maos und Debatten der Bewegung kommt aber dabei zu kurz. War Maos Angst vor einer „Restauration des Kapitalismus“ sowie „Machthabern des kapitalistischen Weges in der Partei“ 1966 nur eine Paranoia? Schließlich hatte die Partei nach der Hungersnot auf den Dörfern ab 1962 Kontrollmacht eingebüßt. (Schwarz)-Märkte und privatwirtschaftliche Aktivitäten der Bauern dehnten sich in der

Folge enorm aus. Einige Parteiführer wie Deng Xiaoping hatten die Auflösung der ländlichen Kollektive unterstützt. Besonders 1974/75 versuchte die Parteilinke, eine breite Debatte zu führen, warum aufgrund der Fortexistenz der bäuerlichen Warenproduktion und aus dem Parteiapparat eine „neue Bourgeoisie“ entstehen könnte. Die ideologischen Debatten der Spätphase der Kulturrevolution werden im Buch kaum erwähnt. Gerade diese Auseinandersetzungen würden es rechtfertigen, die Kulturrevolution auf die Phase von 1966 bis 1976 zu datieren und nicht schon 1969 enden zu lassen.

Leese sieht die Kulturrevolution nicht nur als Machtintrige Maos und benennt auch gesellschaftliche Konflikte im Jahr 1966 zwischen privilegierten Kadern und der Bevölkerung sowie Insidern und Outsidern des sozialistischen Wohlfahrtstaates. Selbst die Frühphase der Kulturrevolution sieht der Autor aber als „Massenmanipulation“, nicht als Massenbewegung. Meiner Meinung nach versuchte nicht nur Mao zu „manipulieren“, sondern auch alle möglichen Akteure in Partei und Gesellschaft nutzten neue Freiräume und abrupte Politikwechsel für ihre eigenen Interessen. Das ist ein Grund, warum Mao die Ziele, die er setzte, oft nicht erreichte. Richtig ist, dass bis 1969 die Massenorganisationen aufgelöst wurden. Nach dem Sturz Lin Biaos 1971 reorganisierten Parteikader, ehemalige Rebellen oder auch ethnische Minderheiten ihre Netzwerke, um in Peking für ihre Rehabilitierung zu kämpfen. Leese, selbst führender Experte auf dem Gebiet der Rehabilitierungen, hat sich leider dagegen entschieden, diese gesellschaftlichen Kämpfe zu ausführlich behandeln. Daher erscheint die Spätphase der Kulturrevolution in seinem Buch als reiner Machtkampf an der Spitze.

Alles in allem ist Leeses Einführung für ein breites Publikum eine solide Abhandlung der Ereignisgeschichte der Kulturrevolution. Das Buch kann als erste Auseinandersetzung empfohlen werden.

Felix Wemheuer

Willy Wo-Lap Lam: Chinese Politics in the Era of Xi Jinping. Renaissance, Reform, or Retrogression?

New York, Oxford: Routledge, 2015. XXIII +323 S., 85 GBP (cloth), 35 GBP (paper)

With his recent publication *Chinese Politics in the Era of Xi Jinping: Renaissance, Reform, or Retrogression?*, Willy Lam is presenting the first book-length analysis in English of the political career of Xi Jinping, his rise to power and his ideological beliefs. Lam is a renowned China watcher working at the Chinese University of Hong Kong and is among others publishing on elite politics in China. This analysis of the fifth leadership generation and its core Xi Jinping is not Lam's first piece of scholarly work on Chinese leaders: he already published analyses of the third and fourth leadership generations with their cores Jiang Zemin and Hu Jintao, respectively.

His most recent work on Chinese politics under Xi Jinping provides a compelling analysis of recent political trends in China with regard to political and economic reforms, in foreign policy as well as ideological developments. This analysis is based on in-depth discussions of the rise to and consolidation of power of Xi Jinping, his networks and factional power base, the princelings, and his ideological beliefs that are influencing his political rhetoric and actions.

Lam argues that Xi Jinping is an inherently cautious and conservative political leader whose overarching objective is to preserve the status of the Chinese Communist Party (CCP) as "perennial ruling party". He therefore sees Xi to be a leader who is not bound to come up with major innovations, neither in the ideological sphere nor when it comes to economic let alone political reforms. Lam characterises Xi as a leader lacking novel ideas particularly in the sphere of institutional innovation and political reform and insisting on keeping a tight grip of the party over any kind of economic

reforms without willingness to surrender the initiative for reforms to the market. According to Lam, Xi is paranoid about the possibility of the CCP suffering the same fate as the Communist Party of the Soviet Union and hence believes it necessary to keep a tight hold on political, economic and also ideological developments.

Particularly in the ideological sphere, Lam describes Xi as a leader who is rather conservative in his beliefs and engineers a return to Maoist orthodoxy and holds high the "theoretical system of Marxism and socialism with Chinese characteristics". With regard to Xi's ideological concept of the "Chinese Dream", Lam sees it as being in line with the concentration of power at the top of the party-state hierarchy in the form of superagencies like the Central National Security Commission and the Central Leading Group on Comprehensively Deepening Reform since he argues that this concentrated and centralised power is seen as necessary for the realisation of the "Chinese Dream of the Great Rejuvenation of the Chinese People". This re-institutionalised centralised power and control does according to Lam also fit in with Xi's desire to preserve the CCP's status as "perennial ruling party" and his attempt to keep the party in absolute control. However, he thereby circumvents Deng Xiaoping's legacy of collective leadership and carefully balances factional politics at the top of the Communist Party, particularly, as Lam argues, since the rivalling Communist Youth League faction has been marginalised in terms of positions and influence in both the Politburo and the Politburo Standing Committee.

In order to analyse Xi Jinping's political orientations, ideological beliefs and policy decisions, Willy Lam repeatedly refers to Xi's factional power base, his networks and political experiences of earlier years. He argues that Xi's main power base is the faction of princelings, a large group of offspring of revolutionary veterans and high-ranking and powerful old party cadres. The

main interest that according to Lam unites this group is to preserve the status quo with its numerous privileges for this “red aristocracy” lacking other common traits that usually define political factions.

Overall, Lam’s analysis of Xi Jinping’s rise to power, his political and ideological beliefs and his recent policy initiatives describe a conservative and cautious political leader striving to preserve his personal political power and the strength and influence of the CCP. Lam does not see Xi to be a leader of whom a lot can be expected with regard to political and economic development and innovations on the Chinese path of reforms. Making reference to Andrew Nathan’s concept of “resilient authoritarianism”, he describes Xi Jinping’s model of ruling as “non-resilient authoritarianism” incapable of innovating or evolving, but rather harshly cracking down on civil society and any kind of perceived dissent. Lam describes this trend as “the closing of the Chinese mind”.

The analysis of Chinese politics in the era of Xi Jinping that Lam presents in this book is a very detailed and compelling one, drawing on extensive, mainly Chinese-language primary material. Lam bases his analysis on policy documents, speeches, writings of Xi Jinping and media coverage in Chinese media, thereby developing an account not only of Xi’s personality and his political beliefs, but also of the implications for the future of Chinese political and economic development that these beliefs imply. By doing so, he develops a very convincing and well-argued vision of China’s potential future under a Xi-administration and produces a book that should be read by political scientists and analysts working on China.

The only weakness of Lam’s chain of arguments concerns his description of the faction of princelings and is a point that he indirectly admits himself when stating that the princelings do not share any other commonalities than the desire to preserve the status quo and their privileges. Although this group does not fulfil the classic definition of

a faction, Lam, like many others, nevertheless treats them like one and thereby fails to address the potential of princeling rivalry and inner-party cleavages along the lines of economic privileges and not necessarily core political and ideological beliefs and the influence this could have on political stability and the preservation of the party’s status as “perennial ruling party”. Lam’s analysis provides a very detailed, well-researched and -argued basis for further studies in this direction though.

Carolin Kautz

Jean Ma: Sounding the Modern Woman. The Songstress in Chinese Cinema

Durham/London: Duke University Press, 2015. 282 S., 17,99 GBP

Der Großteil der Bücher über chinesische Filmgeschichte konzentriert sich auf das Shanghai-Kino der 20er und 30er Jahre, das festlandchinesische Kino ab der fünften Generation oder die Martial-Arts- und Action-Filme Hongkongs. Das bemerkenswerte Nachkriegskino Hongkongs mit seinen Komödien und Melodramen wird leider oft vernachlässigt. Dabei kann ebenso leicht übersehen werden, wie die Figur der Sängerin von der frühen Tonfilmära Shanghais an schon sehr präsent ist und in Hongkong dann ganz in den Mittelpunkt rückt. Die „Songstress“ ist sowohl eine reale und industriell vermarktete Medienfigur als auch eine fiktive Figur innerhalb eines Films. Ihre Ursprünge reichen zurück zur Kurtisane, später wurde sie der Inbegriff der modernen Frau.

Jean Ma liefert in ihrem wohlformulierten, teilweise sehr theoretischen und äußerst kenntnisreichen Buch „Sounding the modern woman“ zu diesem Thema sowohl repräsentative, detaillierte Szenen- und Musikanalysen als auch die allgemeinen filmgeschichtlichen, musikwissenschaftlichen, politischen und ökonomischen Einord-

nungen. Das Buch hat einen großen Rahmen, es wurde aber mit feinem Pinsel skizziert. Ma greift in ihrer Untersuchung auf feministische Theorien, auf Klassiker der Gender Studies zurück, was bei dem Thema passend ist. Ihr Ziel ist: „a gendered history of Chinese cinema through the figure of the songstress“. Dabei steht immer wieder der „Ton“ im Mittelpunkt. Dieser, hier vor allem die Stimme, kann ein Eigenleben führen und so innerhalb des Werkes ganz selbstständige Bedeutungsebenen entstehen lassen.

Das erste Kapitel des Buches widmet sich der Sängerin im Shanghai-Kino, die schon in den nur teilweise mit Ton gedrehten Filmen Bedeutung erhielt, da sich die Tonszenen meistens auf Musikszenen beschränkten. Ma betont die Multimedialität des „Songstress“-Phänomens. Musik- und Filmindustrie fanden zusammen, um Synergieeffekte zu nutzen. Anhand von alten Zeitungsartikeln schildert Ma auch, wie Filmvorführungen für Live-Gesang unterbrochen wurden. Nebenbei charakterisiert sie die Musikstile. Die wichtigste Sängerin jener Zeit war Zhou Xuan. Ma analysiert eine Szene aus dem Klassiker „Street Angel“, in dem Zhou eine Teehaus-Sängerin spielt. Diese verkörpert mit „Song of a Songstress“ auch den Übergang vom Shanghaier Teehaus in die moderne Hongkong-Bar.

Mit einem filmgeschichtlichen Überblick zum Hongkong-Kino, in dem Emigranten eine große Rolle spielten, beginnt das zweite Kapitel. Vor allem werden die beiden wichtigsten Studios für Filme in Mandarin, MP&GI und Shaw Brothers, charakterisiert, die jeweils eine eigene Fan-Zeitschrift herausbrachten. Ihre Filme waren der Moderne verschrieben, einer Moderne allerdings, in der die meisten Menschen in Hongkong gar nicht lebten. Auch hier widmet sich Ma wieder der Musikindustrie und den geläufigen Musikstilen und geht auf die damals ungeheuer populären Opernfilme ein.

Das dritte Kapitel ist vor allem der Schauspielerin Ching Chung gewidmet, die eine

neue Form der Sängerin verkörperte: Als „die kleine Wildkatze“ spielte sie in „Songs of the Peach Blossom River“ die „ländliche Sängerin“, die vom Land in die Stadt verpflanzt wird, die aber nicht mehr die dekadenten, negativen Vorzeichen hat wie im linken Vorkriegskino Shanghais, wo im Allgemeinen das idyllische Landleben idealisiert wurde. Interessante Themen dieses Kapitels sind auch die Existenz von Playback-Sängerinnen und die Verwendung von Doppelrollen wie in „Flower Princess“. Hier gibt es allein durch neue Kleidung eine problemlose Verwandlung vom Landmädchen in die glamouröse Großstadtkonsumentin.

Grace Chang, der bekanntesten, kosmopolitischsten und vielseitigsten aller Sängerinnen jener Zeit, gehört das vierte Kapitel. Vor allem der innovative Film „Mambo Girl“ wird hier in seinen verschiedenen Perspektiven besprochen. Jetzt gab es die Sängerin als Teenagerikone innerhalb von Jugendfilmen, wie sie Ende der 50er überall in von US-amerikanisch beeinflussten Filmkulturen gedreht wurden. Das Familiendrama um ein adoptiertes Kind spiegelt die entwurzelte, aber auch hoffnungsvolle Situation vieler Menschen wider. Und auch wenn die Sängerin im heimischen Wohnzimmer angekommen war, lagen die verruchten Ursprünge doch in der Bar, die „Mambo Girl“ mit authentischen, sogar erotisch aufgeladenen Nachtclubszenen zeigt. Außerdem wurde der Tanz als modische und sportliche Gesellschafterscheinung propagiert.

Das fünfte Kapitel ist eine Betrachtung der Einflüsse von Dumas‘ „Die Kameliendame“ auf das chinesische Film-Melodrama, in dem es viele sich aufopfernde und von Männern unverstandene Frauen gibt. Ma allerdings betrachtet diese Handlungselemente als rückschrittlich, das Verhalten dieser Frauen als „masochistisch“.

Jean Ma gibt am Ende nicht vor, alles zum Thema gesagt zu haben. Sie regt denn auch zum Weiterdenken, und vor allem Weiterhören, an. Ihr Buch ist voller interessanter

Erkenntnisse und dient hoffentlich so manchem als Einführung in ein Kino, das es wert wäre, international bekannter zu sein.

Martin Abraham

**Telse Hack und Shaofeng Ni:
Chinesisch im Internet. Ein Social-
Media-Lesebuch; Chinesisch-Deutsch**

Hamburg: Buske, 2015. 213 S., 24,90 EUR

„Überlegung: Ist jetzt der falsche Zeitpunkt?“ Dieses Beispiel-Zitat steht auf dem Umschlag des Buches von Telse Hack und Ni Shaofeng. Nein, der Zeitpunkt ist gut gewählt! Ein Lehrbuch, das den deutschsprachigen NutzerInnen einen – geführten – Einblick in das Alltagschinesisch sozialer Medien gibt, ist nicht nur hilfreich, sondern auch spannend. In zehn Kapiteln versammelt das Buch Beiträge und Diskussionen aus sozialen Medien zu verschiedenen Themenbereichen. Die AutorInnen schreiben von „Streifzüge[n] durch das chinesische Internet“. Dies ist es, was das Buch bietet – nicht mehr und nicht weniger. Es ist kein Lehrbuch und auch kein systematisches Lernbuch, sondern eine – nach meinem Eindruck – gute Auswahl an Themen, Debatten und Beiträgen, die viele Menschen in Festlandchina bewegen. Zudem gibt es einen Beitrag aus und über Taiwan (entsprechend mit Langzeichen).

Das Buch ermöglicht, sich mit dem Alltags-Chinesisch in Sozialen Medien vertraut zu machen und sich am „virtuose[n] Umgang der Chinesen mit ihrer Sprache“ (Vorwort) zu erfreuen. Der Komplexitätsgrad der Texte steigt, laut Buch vom Niveau B1 des ersten, zu Niveau C1 des letzten Textes (eine Beschreibung der Schwierigkeitsgrade, die mir plausibel erscheint).

Irreführend ist m. E. die Vermarktung und Beschreibung des Buches (die Beschreibung auf der Internetseite des Verlages ist allerdings genau und eindeutig); Beschreibung und Klappentext legen nahe, dass es sich um ein Handbuch oder kleines Lexikon des

„Internetchinesisch“ bzw. „Chinesisch sozialer Medien“ handelt oder, nach der ersten Betrachtung, dass es ein Lehrbuch ist, das systematisch in die (zur Zeit der Erstellung) gängige „Internetsprache“ einführt. Das Buch ist ein Streifzug, der diese Systematik nicht bietet. Darüber hinaus ist leider auch nichts über Quellen, Absicht oder Zielsetzung der Textsammlung zu erfahren.

Meines Erachtens eignet sich das Buch für drei Szenarien:

Menschen mit guten Chinesischkenntnissen, die sich nicht in Foren, Blogs und Mikroblogs bewegen, können sich ein Bild von Themen, Sprache und „Umgangsformen“ in den sozialen Medien machen.

Menschen mit ordentlichen Chinesischkenntnissen können sich mit der Welt sozialer Medien in China vertraut machen und dabei ihre Sprachkenntnisse, v. a. Alltagssprache und „Internetsprache“ auffrischen und verbessern.

Lerngruppen mit oder ohne Anleitung können mit diesen Texten arbeiten, um Kenntnisse zur Umgangssprache und zu aktuellen Themen zu vertiefen.

Dominique Schirmer

Gregor Hain: Die Sicherheit und Stabilität Indiens. Historische, politische und wirtschaftliche Herausforderungen

Baden-Baden: Nomos, 2015. 534 S., 98,00 EUR

Die Studie zur Sicherheitssituation Indiens analysiert indische Regierungsberichte der Jahre 2002 bis 2012. Nach Einleitung und Begriffserklärung betrachtet Hain Indiens Geschichte und Religion. Im 5. Kapitel (S. 185–496) beschreibt Hain diverse Konfliktlinien in Indien: Religiöse, ethnische und sozialrevolutionäre Konflikte. Die Innenperspektive ist dabei stets gekoppelt an den Blick auf strategische Interessen der Nachbarländer.

Nach einer auffällig deutschen Definition des Sicherheitsbegriffs folgen einige Anmerkungen zur innerdeutschen Sicherheitsdebatte, deren Inhalt in keinem erkennbaren Bezug zum eigentlichen Thema der Arbeit stehen. Hierdurch entstehen tendenziöse Verzerrungen der Perspektive, die für Indien zunehmend unpassend wird: „Offene Grenzen und Migrationsbewegungen haben zur Durchmischung nationaler Gesellschaften [...] geführt. [...] Besonders im Falle terroristischer Anschläge wird in demokratischen Staaten diskutiert, ob die rechtstaatlichen Mittel ausreichen, um diesen [sic!] Gefahren zu bekämpfen oder ob demokratische und rechtstaatliche Prinzipien eingeschränkt werden müssen.“ (S. 61). Dem folgt ein abenteuerlicher Exkurs zu „Al-Quaida [sic!]“ (durchgehend, z. B. S. 68, 70, 178, 248 usw.), der beim Sicherheitspaket I und II in Deutschland endet.

Im dritten Kapitel „Geschichte Indiens“ offenbart Hain am Deutlichsten seine Nichtvertrautheit mit der regionalwissenschaftlichen Expertise. Der Autor beginnt mit der „Harappa-Kultur [sic!]“ (S. 83, Harappa) als „hinduistischer Basiskultur“ (S. 82) – nicht gerade eine anerkannte These. Bei seinen wissenschaftlich weit überholten Anmerkungen zum Einfall der „Arya“ (S. 83) zitiert Hain aus dem Werk „The History of British India“ von James Mill aus dem Jahre 1817, das er im Literaturverzeichnis fälschlicherweise mit dem Erscheinungsjahr 1917 angibt (S. 523). Mit dem Einfall der Türken im 12. Jh. beginnt laut Hain die mutmaßliche Phase des „islamische[n] Terrorismus gegen das indische Volk“ (S. 96). Neben wirren Phrasen zum Dschihad schreibt Hain z. B.: „Im Gegensatz dazu [spirituelle Aura des hinduistischen Krieges] stand die Motivation der indoktrinierten islamischen Herrscher und ihrer Heere, welche den Islam verbreiten und die ‚gottlosen‘ Herrscher, samt deren Bevölkerungen zu unterwerfen und zu bekehren versuchten. Das Wirken dieser Herrscher zielte nicht auf den Gleichgewichtszustand und eine Integration des hinduistischen Glaubens, vollzog sich ohne

strategische Hemmungen sowie operative Einschränkungen und war allein durch das islamische Eroberungsinteresse motiviert.“ (S. 99). Dies ist eine sachlich falsche Wahrnehmung, die nur durch umfängliche Fachfremdheit erklärt werden kann. Dies trifft auch auf Hains Behauptung zu, dass „die aus dem Koran abgeleitete herrschaftliche Ordnung [...] keinen Raum für eine Gleichberechtigung anderer Religionsgemeinschaften zuließ“ (S. 102). Kurz darauf sei „der Konvertierungzwang zum Islam wieder eingeführt“ (S. 104) worden. Unerwähnt lässt Hain die Rolle der Sufis, die zentral war für Konversionen zum Islam. Auch die Verwendung der Bezeichnung „Götzenschreine“ (S. 101) für Hindutempel ist unangemessen. Hains Ausführungen zu Jannah, die ihn auf die Rolle des Scharfmachers reduzieren, sind extrem einseitig – vielmehr war Jannah höchstsäkular in seinen privaten Lebensgewohnheiten, Überzeugungen sowie seiner Vision für Pakistan.

Das vierte Kapitel „Religion in Indien“ ist ebenfalls stark erratisch. Hain skizziert das Kastensystem als das Kernprojekt des Hinduismus. „Das [sic!] Dharma, der Glaube an den ewigen Kreislauf der Wiedergeburt“ (S. 145) sei das das Versprechen des kontinuierlichen Kastenaufstiegs bei Einhaltung kastenspezifischer Regeln (S. 147). Nun heißt es „der Dharma“ und seine Bedeutung wäre mit religiöser Verpflichtung richtig gedeutet. Darauf folgen weitere wirre Fehldeutungen, u. a. „schon Brahmanen riefen die Götter zur [sic!] Hilfe, wenn sie in den Krieg zogen“ (S. 156) – was sie üblicherweise aber nicht taten, denn Krieg war Kshatriyasache. „Das [sic!] Bhagavad Gita, eine philosophische Liedersammlung in der Tradition der Veden, erlaubt das Töten von Menschen ganz explizit, da die Seele [...] nicht sterblich ist.“ (S. 156) – Die Bhagavad Gita lehrt sicher keine Theologie des Tötens, Krishna mahnt Arjuna zur Pflichterfüllung mit dem Hinweis, er selbst, Gott Krishna, habe die gegnerischen Krieger auf dem Schlachtfeld bereits getötet. Diese hochspezifische Situation beinhaltet in keiner Weise

Ansätze für eine Verallgemeinerungsformel oder eine Aufhebung des Gebots der Gewaltlosigkeit (ahimsa). Kurz geht Hain auf die Hindutvaideologie ein, v.a. auf Vinayak Savakar [sic!] (S. 159, Vinayak Savarkar). Da „die Orthodoxie“ im Hinduismus auf Einhaltung des Kastensystems poche, schließt Hain: „Damit stehen orthodoxe Hindus in einem gewissen Gegensatz zur Verfassung des indischen Staates, seiner demokratischen Grundordnung und seinem säkulararen Charakter.“ (S. 164). Dies stimmt insofern nicht, als das indische Verständnis von Säkularismus eben ein anderes ist als das von Hain: Der indische Säkularismus ist ein Bekenntnis zum religiösen Pluralismus und zur Gleichbehandlung von Religion, die grundsätzlich als förderungswürdig gilt.

Der Abschnitt zum Islam ist ebenfalls stark tendenziös, oft sachlich falsch und schlecht belegt. Schnell kommt er vom Islam zum Islamismus, wo er ein fehlerhaftes name-dropping entfaltet: Jamad ad-din Afghani (S. 175, Jamal), Muhammed Abdhu (S. 176, Muhammad Abduh), Abu al-A'la al-Mawdudi (S. 177, Abu-l-A'la Mawdudi). Mawdudi und seine „Jamaat-i-islami“ (S. 180) – nach Hain ein arabischer Begriff (es ist Urdu) – fördere „den Dschihadismus im Sinne einer über Pakistan hinausreichen den Islamic libration [sic!] theology“ (S. 180). Auch der Rest des Kapitels ist hanebüchen. Selbst Jannah wird bei Hain zum Islamisten (S. 182) und der Islamismus zu einem Kernproblem der indischen Sicherheit hochstilisiert (S. 184). Tatsächlich beschäftigen sich indische Sicherheitsbehörden vergleichsweise wenig mit dem Thema Islamismus. Hier hätte Hain sich stärker um eine indische bzw. für Indien adäquate Perspektive bemühen müssen. Zahlreiche anerkannte Autoritäten zur indischen „securitiy [sic!] community“ (S. 200) werden weder erwähnt noch zitiert, z.B. Ajai Sahni, K.P.S. Gill oder C. Christine Fair.

Im fünften Kapitel beginnt die Studie im engeren Sinne, die sich insbesondere auf Regierungsberichte stützt. Dem islamisti-

schen Terrorismus widmet Hain hier vier Unterkapitel (S. 217–292), dem Hindufundamentalismus (S. 293–331) und Sikh-Extremismus (S. 331–336) je eines. Hain stützt sich auch auf die Statistiken des SATP (South Asia Terrorism Portal), d.i. ebenfalls ein Regierungsinstitut. So schließt Hain u.a.: „Pakistan vertritt den staatlichen Islamismus in Reinform und kann als die einzige unmittelbare staatliche Bedrohung Indiens bezeichnet werden.“ (S. 249). Recht radikal auch die Behauptung: „Sie [Sufisten und Deobandis] verfolgen einen orthodoxen und rückwärtsgewandten Glauben in Anlehnung an den frühen Islam.“ (S. 256). Für Barelwis, dies wäre die korrekte Bezeichnung für „Sufisten“, gilt exakt das Gegenteil. Verwirrend auch Hains Bemerkungen zur TTI (Tehreek-e-Taliban Islami) (S. 273) – gemeint ist offensichtlich TTP, Tahreek-e Taliban Pakistan. Das Akronym ISI (Inter-Services Intelligence) wird falsch aufgelöst (S. 195), der ehemalige pakistanische Präsident heißt Zardari, nicht Zadari (S. 289) und es ist der RSS statt die RSS (S. 300).

Die Unterkapitel zu Hindufundamentalismus und Sikh-Extremismus sind knappe historische Zusammenstellungen. Der durch die Recherchearbeiten vorab eingegrenzte Zeitraum (2002–2012) scheint hier wieder verworfen. Dies gilt ebenso für das Kapitel zum ethnischen Konflikt im Nordosten Indiens. Den Hauptfaktor für die Eskalationen sieht Hain „in der Unterstützung jedweider Militanz zur Wahrung der strategischen Interessen“ (S. 407) durch China und Pakistan. In solchen Pauschalurteilen klingt die indische Propaganda deutlich durch. Dies wirft ernste methodologische Fragen auf. Hain schreibt veraltet Orissa (S. 318f, 465, seit 2011 Odisha). Und es heißt Sangh Parivar statt Parvivar (S. 323), Maoist statt Maiost (S. 451).

Die vorliegende Studie hätte von Kürzungen drastisch profitiert. Mit dem dritten und vierten Kapitel zu Geschichte und Religion Indiens hat sich der Autor verhoben. Verweise auf innerdeutsche Debatten eröffnen

weitere Fäden, die nicht mehr zusammenlau-
fen. Eine stark verdichtete Einleitung und
die Beschränkung auf das fünfte Kapitel
hätten deutlich weniger Verwirrung gestiftet.
Eine stringent durchgehaltene Eingrenzung
auf die Jahre 2002–2012 hätte Hain vor
schlecht recherchierten Abschweifungen
bewahrt.

Thomas K. Gugler